

A portrait of Wolfgang Ischinger, an older man with white hair and glasses, wearing a dark suit, a light blue shirt, and an orange patterned tie. He is looking directly at the camera with a serious expression. The background is dark and out of focus.

WOLFGANG
ISCHINGER
WELT
IN GEFAHR

DEUTSCHLAND UND EUROPA
IN UNSICHEREN ZEITEN

Econ

Verhandlungen über den Abbau von Handelshemmnissen im Rahmen der Welthandelsorganisation. Regionale Freihandelsabkommen können oft nur mit großen Mühen ratifiziert werden, selbst jenes zwischen der Europäischen Union und Kanada.

Inzwischen hat ausgerechnet der Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump, neue Schutzzölle auf Stahl und Aluminium eingeführt, von denen die Europäische Union seit Juni 2018 nicht mehr ausgenommen ist. Die Gefahr besteht, dass dies der Auftakt zur Einführung immer weiterer Maßnahmen ist, an dessen Ende ein Handelskrieg steht, bei dem niemand gewinnt.

Globale Krisenmanager unter Druck

Internationale Organisationen und Vereinbarungen sind ebenfalls unter Druck geraten. Zwar beweisen etwa das Zustandekommen des Pariser Klimaabkommens oder der Atomdeal mit dem Iran, dass es weiterhin möglich ist, gemeinsam Antworten auf zentrale Zukunftsfragen der Menschheit zu finden. Aber gerade diese Beispiele zeigen eben auch, auf welch wackligen Füßen die erreichten Kompromisse stehen: Nach dem US-Rückzug aus dem Iran-Abkommen im Mai 2018 ist dessen Zukunft höchst fragwürdig geworden. Den Austritt aus dem Klimaabkommen hatte Donald Trump schon im Sommer 2017 verkündet.

Wichtige Staaten, allen voran die USA unter Präsident Trump, kürzen Gelder für Friedensmissionen oder ziehen sich aus Sonderorganisationen der Vereinten Nationen zurück. Wie zu Zeiten des Kalten Kriegs sind die Vereinten Nationen wieder häufig handlungsunfähig, weil sich die Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat gegenseitig blockieren. Weil der Rat zudem die heutige globale Machtverteilung nicht mehr spiegelt, weichen frustrierte Staaten auf Ersatzformate aus: Dabei haben informelle »Clubs« wie die G7 und G20 besonderen Aufwind erfahren. Dahinter steht die Hoffnung, dass es in diesen wenig verregelten Gremien so etwas wie »effektiven Multilateralismus« geben kann. Aber stimmt das auch? Hat der G7-Gipfel von La Malbaie, dessen Ergebnisse Trump im Nachhinein per Twitter untergrub, nicht massive Zweifel daran geweckt?

Der amerikanische Politikberater Ian Bremmer, ein kluger Kopf, mit dem mich eine lange Freundschaft verbindet, spricht denn auch von der Entstehung einer »G-Zero World«, einer G-Null, also eines Vakuums, das sich aus dem Niedergang westlichen Einflusses und der Fokussierung vieler Staaten auf ihre eigenen innenpolitischen Probleme speist. Das Resultat, so Bremmer, ist eine Welt, in der kein Land alleine in der Lage, aber auch keine Gruppe von Staaten willens ist, eine echte globale Agenda zu entwickeln, geschweige denn Lösungen für die Probleme der Welt zu liefern.

In Europa haben die Annexion der Krim und der andauernde Eingriff Russlands in der Ostukraine gezeigt, dass unser Kontinent kein postmodernes Paradies ist, in dem der Einsatz militärischer Gewalt ausgeschlossen ist. Der Traum von 1990, dass mit dem Ende der deutschen Teilung eine Russland einbeziehende dauerhafte euro-atlantische Sicherheitsarchitektur entstehen würde, ist zerstoßen.

Insgesamt überwiegt der Pessimismus

Vom weitverbreiteten Optimismus der frühen 1990er-Jahre ist heute jedenfalls nur noch wenig zu spüren. Wissenschaftler, die an den generellen Fortschritt glauben, fallen auch deswegen auf, weil sie eher eine Ausnahme in der gegenwärtigen Debatte darstellen. Vor nicht allzu langer Zeit wäre das noch ganz anders gewesen.

Noch vor etwa zwanzig Jahren glaubten wir, dass die Welt sich nun nahezu unaufhörlich in die richtige Richtung bewegen würde. Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft waren überall auf dem Vormarsch. Internationale Organisationen übernahmen immer mehr Aufgaben und schienen ein Modell globalen Regierens zu verkörpern, das es mit Umweltverschmutzung, Kinderarbeit oder Infektionskrankheiten aufnehmen würde. Vieles schien auf dem richtigen Weg.

Die Gründung der Welthandelsorganisation 1995 galt als Meilenstein. Eine offene Weltwirtschaft sei langfristig gut für alle, und dafür bedürfe es gemeinsamer Regeln. Das war im Prinzip breiter Konsens, auch wenn unfaire Handelspraktiken wie Dumping oder Exportzuschüsse natürlich weiter bestanden.

China war damals noch kaum auf der geopolitischen Landkarte zu finden. Das Reich der Mitte war mitten in einem Wirtschaftsaufschwung, aber kaum jemand dachte daran, dass es sich auch zu einem politischen Rivalen der bisher größten Wirtschaftsmacht, den USA, entwickeln könnte. Stattdessen glaubten viele daran, dass China, wie es mein langjähriger Freund, der frühere Weltbank-Chef Robert Zoellick, formulierte, durch Einbindung in internationale Organisationen, allen voran die globale Wirtschaftsarchitektur, zu einem »responsible stakeholder« werden könnte, sich also als verantwortlicher Partner in die bestehende liberale Weltordnung einfügen würde.

1992 fand in Rio de Janeiro die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung statt. Hier wurde die »Agenda 21« verabschiedet, die gemeinsame Ziele für eine nachhaltige Entwicklung definierte. Die Konferenz war der Ausgangspunkt für eine ganze Reihe an wichtigen globalen Initiativen zum Umwelt- und Klimaschutz. Hier schien die Vision von funktionierender »Global Governance«, also dem Regieren jenseits des Nationalstaats, um globale Probleme zu lösen, plötzlich greifbar.

Wir sprachen von der »Friedensdividende« und hofften darauf, dass das viele Geld, das bis dahin in hochgerüstete Streitkräfte in Ost und West geflossen war, nun anderen Zwecken dienen könne. Einige Länder wie Kasachstan oder die Ukraine verzichteten gar freiwillig auf die Atomwaffen, die auf ihrem Territorium lagerten. Der Kalte Krieg lag hinter uns, die Zukunft versprach Abrüstung und Zusammenarbeit.

In den 1990er-Jahren sahen wir Russland als Partner, als ein Land, das sich modernisierte und sich in Richtung einer echten Demokratie entwickeln würde. Aus der KSZE wurde die OSZE. Es änderte sich zwar scheinbar nur ein Buchstabe, aus der *Konferenz* wurde fortan die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. Aber dahinter steckte eine visionäre Vorstellung, wie sie der damalige russische Präsident Michail Gorbatschow formuliert hatte, vom »gemeinsamen Haus Europa«, gemeinsam für West und Ost.

In Europa standen die Zeichen insgesamt auf Kooperation. Nach Jahrzehnten, in denen eine kleine, aber größer werdende Gruppe europäischer Länder wirtschaftlich und politisch immer enger zusammenarbeitete, wurde 1992 aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) die Europäische Union. Seither ist ihre Mitgliederzahl beträchtlich gewachsen, von 12 im Jahr 1992 auf 28 heute. Damals glaubten fast alle, dass die Erweiterung und die Vertiefung der EU zwei Seiten einer Medaille seien und dass wir Europäer, wie es die Gründerväter und -mütter formuliert hatten, unaufhaltsam weiter auf dem Weg zu einer »immer engeren Union« voranschreiten würden.

Die USA unterstützten – nicht immer vorbehaltlos, aber doch aus Prinzip – die Europäer dabei, ihre Zusammenarbeit zu vertiefen, und befürworteten die EU-Erweiterungsschritte, die von der Aufnahme mittel- und osteuropäischer Länder in die NATO begleitet wurden. Diese Länder schienen nach dem Ende des Kalten Kriegs endlich ihren Platz im Westen zu finden. Der damalige US-Präsident George H. W. Bush formulierte den Wunsch nach einem »Europe whole, free, and at peace«, also nach einem Europa, das ungeteilt war, frei und friedlich. Die USA reduzierten zwar ihr in Europa stationiertes militärisches Personal beträchtlich, aber niemand zweifelte ernsthaft daran, dass die Vereinigten Staaten auch weiterhin in Europa engagiert und damit eine »europäische Macht« bleiben würden.

Für uns Deutsche waren diese Entwicklungen ein Glücksfall. Mit der Zeitenwende von 1989–1991, vom Fall der Berliner Mauer bis zum Ende der Sowjetunion, wurden die Kernziele der bundesdeutschen Außenpolitik erreicht. Deutschland war wiedervereint und nun »von Freunden umgeben«. Es wurde in wichtige internationale Organisationen eingebunden, von den Vereinten Nationen über die EU bis zur NATO, und wieder zu einem respektierten Mitglied der internationalen Gemeinschaft. Eine Bedrohung seiner nationalen Sicherheit war nicht in Sicht.

Die guten Nachrichten – Es gibt sie auch

Obgleich sich manch eine dieser Hoffnungen auf Frieden, Demokratie, Menschenrechte und freien Handel zerschlagen hat, gibt es historisch betrachtet doch durchaus Grund zum Optimismus. Deshalb wäre es falsch, allein ein apokalyptisches Szenario zu zeichnen. Denn nimmt man einmal ein wenig Abstand von den tagesaktuellen Nachrichten und versucht, das große Ganze in den Blick zu nehmen, bietet sich das Bild einer Menschheit, die immer friedlicher, aber auch gesünder und reicher geworden ist. Dieses Bild, so betonte der Harvard-Professor Steven Pinker in einer Reihe von Publikationen wieder und wieder, zeigt, dass wir uns insgesamt in die richtige Richtung bewegen.

Pinkers Optimismus wird durch wichtige aktuelle Kennzahlen gestützt: Egal wie oft wir in den Nachrichten von Kriegen und Kriegsoptionen hören und lesen, Fakt ist: Die globalen Opferzahlen sind in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg deutlich zurückgegangen. Auch die globale Armut, die uns durch unzählige Berichte und Reportagen immer wieder drastisch vor Augen geführt wird, ist gesunken: Milliarden Menschen, viele von ihnen in China, sind aus extremer Armut aufgestiegen und bilden nun eine neue globale Mittelschicht. Allein zwischen 2005 und 2010 gelang es, die Zahl der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben müssen, um eine halbe Milliarde zu reduzieren.

1950 konnte weltweit nur jeder dritte Mensch lesen und schreiben (36 Prozent). 2010 lag die Alphabetisierungsrate global schon bei vier von fünf Menschen auf der Welt (83 Prozent).

Außerdem ist es gelungen, etliche schwere Krankheiten zu besiegen, die noch vor wenigen Jahrzehnten regelmäßig unzählige Menschen das Leben kosteten. Die Verbreitung von Impfstoffen hat dazu geführt, dass die Zahl der Opfer von Masern zwischen 2000 und 2016 um 84 Prozent gesunken ist. Polio-Fälle sind seit 1988 gar um 99 Prozent zurückgegangen. Die Kindersterblichkeit konnte in den meisten Ländern deutlich reduziert werden. Laut der Weltgesundheitsorganisation starben 2016 jeden Tag 20 000 Kinder weniger als noch 1990.

Selbst der Tod ist weniger bedrohlich. Er kommt, aber nicht mehr so früh wie einst: Die globale Lebenserwartung ist von 45,78 Jahren im Jahr 1950 auf 71,43 Jahre im Jahr 2016 deutlich gestiegen.

Das klingt doch alles sehr erfreulich – und das ist es auch! Gleichwohl bremsen Kriege, Krisen und Instabilität auf der Welt diesen generellen Aufwärtstrend regelmäßig wieder aus oder drehen ihn gar zurück. Ein einziger großer Krieg, und schon steigen die Opferzahlen. Eine einzige tödliche Epidemie, und schon sinkt die Lebenserwartung. Deswegen wäre es fatal, sich bequem zurückzulehnen und der Welt ihren Lauf zu lassen, nach dem Motto: Wird schon besser werden!

Angesichts der vielen Opfer von Krieg und Gewalt wäre es mehr als zynisch, wenn man ihnen erklärte: Schade für euch, aber ihr seid gerade nur die Ausnahme auf dem Wege des Fortschritts zu Frieden und Gerechtigkeit.

Jedes einzelne Opfer, das vielleicht hätte verhindert werden können, ist eines zu viel.

Gründe für Hoffnung und Optimismus

Als ich nach Kriegsende geboren wurde, lag Deutschland in Trümmern und die schuldbeladene Nation schien unwiderruflich in die Knie gezwungen, de-industrialisiert, von Siegermächten besetzt und bald darauf in zwei große Stücke zersägt. Wer hätte damals auch nur einen Pfifferling darauf verwettet, dass im Jahre 2018 dieses Land wiedervereint, eine politisch stabile Demokratie und eine der führenden Wirtschaftsnationen der Welt sein würde? Diese Erfahrung teile ich mit vielen meiner Generation, und nur denjenigen, die jünger als dreißig sind, dürfte es so vorkommen, als habe Deutschland »schon immer« auf der Sonnenseite der Geschichte gestanden.

In meinem Berufsleben als Diplomat durfte ich zuerst in Bonn, später in Berlin und auf meinen Auslandsposten politische Ereignisse miterleben, die niemand für möglich gehalten hätte:

Meine Kollegen und ich fieberten mit, als am Abend des 30. September 1989 Außenminister Genscher auf den Balkon der Prager Botschaft trat und den Hunderten DDR-Flüchtlingen erklärte, dass sie am nächsten Tag mit dem Zug in die Bundesrepublik ausreisen dürften. Einen der späteren Züge durfte ich als verantwortlicher Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes begleiten. Den Geruch von Angstschweiß in den eng besetzten Abteilen des Nachtzuges und den Jubel bei der morgendlichen Ankunft im Westen werde ich nie vergessen. Davon mehr in einem späteren Kapitel.

Ich saß hinter Kohl und Genscher auf der Bank der deutschen Delegation, als am 21. November 1990 in Paris die Staats- und Regierungschefs von 32 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada die Spaltung Europas für beendet erklärten, sich im Schlussdokument der KSZE-Gipfelkonferenz zur Demokratie als einziger Regierungsform verpflichteten und ihren Völkern die Gewährleistung der Menschenrechte zusicherten. Der Tag, als die *Charta von Paris* unterzeichnet wurde, läutete das Ende des Kalten Kriegs ein, der bis dahin eine Bedrohung für die gesamte Welt gewesen war.

Ich war als deutscher Chefunterhändler beteiligt, als in Dayton/Ohio am 21. November 1995 der jahrelange blutige Krieg in Jugoslawien nach Wochen mühsamer Verhandlungen mit einem Friedensvertrag beendet wurde, der vom serbischen Präsidenten Slobodan Milošević, vom kroatischen Präsidenten Franjo Tuđman und vom Vorsitzenden im